

Antrag G2: Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Alltag der Menschen findet dort statt, wo sie leben, wohnen, arbeiten und gesellschaftlich verankert sind: vor Ort in den Städten und Dörfern. Hier wird es konkret und hier sehen sie, ob Straßen befahrbar und Bibliotheken geöffnet sind. Lebensqualität ist, wenn der Stadtpark oder der Stadtwald gepflegt werden und Erholung vor der Haustür möglich ist. Sicherheit ist, wenn vor Ort der Einkauf möglich und bezahlbar, die Gesundheit in den guten Händen der Ärztin und Bus oder Bahn für alle erreichbar sind. Entscheidungen im Rathaus oder Landratsamt müssen Einwohner:innen nachvollziehen können. Ob und welche öffentlichen Leistungen erbracht werden und inwieweit diese Kosten auf die Einwohner:innen umzulegen sind, entscheiden demokratisch gewählte Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage. Stimmen Transparenz und Beteiligung in diesen Verfahren nicht, verlieren Entscheidungen an Akzeptanz. Hier wird Demokratie konkret erfahrbar. Die Errungenschaften der gleichberechtigten Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen müssen deshalb täglich verteidigt werden. Zur lebendigen und akzeptierten Demokratie gehört es, die Beteiligungsprozesse in den Kommunen immer wieder weiterzuentwickeln und auszubauen. **Wir als LINKE streiten mit den Wahlen 2024 für demokratische Beteiligungskommunen.**

Wer in den Rathäusern und Landratsämtern letztlich entscheidet, macht dies mit einem politischen Mandat. Unsere Mitglieder in den Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen kandidieren auf Listen der Partei DIE LINKE und stehen somit zu den politischen Werten unserer Partei. Sie treten an mit dem politischen Gestaltungsanspruch, soziale, ökologische und lebendige Politik für die Menschen in ihrer Kommune zu praktizieren. Gleiches gilt für (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen mit Mandat der LINKEN. Sie sind keine neutralen Wesen in den Amtsstuben. Sie gestalten vor Ort die Grundlage unseres Zusammenlebens. Und das bedeutet: **Kommunalpolitik ist nicht unpolitisch!** Es geht nicht darum, „nur“ vermeintlich gute Sachpolitik jenseits parteipolitischer Programmatik zu machen. Bereits im Dorf oder in der Stadt entscheidet sich durch die politische Arbeit von Kommunalpolitiker:innen und allen, die sich an den politischen Prozessen beteiligen, welches Menschenbild in der Kommune gelebt wird. Wir wollen deshalb die Einwohner:innen einbeziehen und gemeinsam mit ihnen über ihre und unsere Ideen zur Gestaltung ihrer Stadt oder ihres Dorfes diskutieren. Es geht um einen gemeinsamen Austausch auf Augenhöhe. **Leiten lassen wir uns dabei von der Idee „Gläsernes Rathaus“.**

Offenheit und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungswege und der Abwägungsgründe setzen voraus, dass alle die unbeschränkte Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren, um sich einbringen zu können. Das Rathaus ist der Ort der Gemeinschaft, wo Entscheidungen getroffen werden, die im Alltag der Menschen ihre konkrete Wirkung erfahren. Wie hoch die Kindergartengebühren sind oder ob neue Radwege angelegt werden, wird hier entschieden. Es gibt kein öffentliches Gebäude, bei dem die Einwohner:innen über mehr Zutrittsrechte verfügen. Die Rathäuser und Landratsämter müssen deshalb ihr Wirken im Interesse der Einwohner:innen ausrichten. **Wir sagen deutlich: Die Verwaltung ist für die Menschen da!**

Neben modernen Zugangsmöglichkeiten wie günstigen Öffnungszeiten, mobiler Erreichbarkeit und

Barrierefreiheit braucht es auch die Möglichkeit, an Entscheidungen mitwirken zu können. Bisher ist gesetzlich geregelt, dass die (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen bestimmen, wann eine Gremiensitzung stattfindet. Dieses Recht sollte den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen ebenso zustehen, um zu entscheiden, an welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten die Gremiensitzungen beginnen. Hierdurch wird nicht nur das Ehrenamt in seiner Arbeit ermöglicht, sondern insbesondere auch die Teilhabe von Frauen in der ehrenamtlichen kommunalpolitischen Mitarbeit gestärkt. Es ist nach wie vor Lebenswirklichkeit, dass Frauen überproportional bei der Kinderbetreuung, dem Haushalt und der Pflege von Angehörigen beansprucht werden. Hier stehen die Kommunen auch in der Verantwortung, den erhöhten organisatorischen und finanziellen Mehraufwand den Frauen und Familien tragen, auszugleichen. Das betrifft beispielsweise Alleinerziehende, die am Wochenende nicht einfach so zu einem kommunalen Festempfang gehen und Kontakte knüpfen oder sich kommunalpolitisch weiterbilden können, weil die Kinderbetreuung unmöglich ist. Wer sich dann eine Betreuung einkauft, muss dafür die Kosten von der Kommune erstattet bekommen. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker:innen, die Angehörige betreuen und pflegen. **Gleichstellung muss in der Kommunalpolitik verankert sein!**

Es ist ein politischer Achtungserfolg, dass es der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen gelungen ist, die Fragestunde für Einwohner:innen in den Gemeinden und Städten zur Pflicht zu machen. In einzelnen Landkreisen ist die Fragestunde für Einwohner:innen ein freiwilliges Angebot. Damit können kommunalpolitische Anliegen öffentlich gemacht werden. Ein weiterer Schritt zur Beteiligung von Menschen ist, ihnen auch das Rederecht in den Sitzungen einzuräumen. Kommunalpolitik ist für uns mehr als eine "Schaufensterdemokratie". **Wir wollen uns dafür einsetzen, dass vor Ort Regelungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Einwohner:innen auch während der Gremiensitzungen ein Rederecht erhalten.**

Die Ausschussarbeit muss noch transparenter werden. Hierzu hat Rot-Rot-Grün die gesetzlichen Regelungen bereits geschaffen und die Möglichkeit von öffentlich tagenden Ausschüssen eingeräumt – und zwar auch dann, wenn die Ausschüsse nur vorberatend tätig sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Argumente für oder gegen eine Entscheidung oder Änderungen am ursprünglichen Beschlusstext nachvollzogen werden können. Politische Entscheidungen haben immer eine öffentliche Relevanz. Deshalb müssen auch deren Entscheidungswege immer öffentlich sein. **Wir setzen uns deshalb vor Ort dafür ein, dass alle Ausschüsse öffentlich tagen.**

Besonders bedeutsam ist dies für die Beratung zu den kommunalen Haushalten. Die Gemeinde- und Stadträte sowie die Kreistage entscheiden darüber, nach welchen Kriterien die öffentlichen Mittel verausgabt werden sollen. Hier gilt es für uns, die Weichen der kommunalen Haushaltspolitik in enger Abstimmung mit den Einwohner:innen zu stellen. Vielfach gibt es bereits gute Erfahrungen mit Beteiligungshaushalten. Klar, nicht jeder Vorschlag wird umgesetzt werden können. Aber bereits die Diskussion mit den Einwohner:innen darüber, wofür die Mittel der Gemeinde, der Stadt oder des Kreises ausgegeben werden sollen, führt zu Verständnis und Nachvollziehbarkeit, auch bei manch harter Entscheidung. Haushaltspolitik ist die Entscheidung vor Ort, für den Ort, für das Dorf, für die Stadt, den Kreis, ganz nah und mit Wirkung. Letztlich können alle Beteiligten des Prozesses durch gegenseitiges Zuhören voneinander lernen und Politik hat die Möglichkeit, Vertrauen zurückzugewinnen. **Deshalb wollen wir vor Ort neue Formen der Beteiligung beim Kommunalhaushalt einführen und bestehende Instrumente weiter ausbauen.**

Nach unserem Verständnis müssen in einer Demokratie die Menschen in der Kommune das letzte Wort haben können. Sofern einzelne Entscheidungen auf keine Akzeptanz bei den Betroffenen stoßen, haben sie die Möglichkeit, die Beschlusslage im Rahmen eines Bürger:innenentscheides neu zur Abstimmung

durch die Allgemeinheit zu stellen. Dafür muss man wissen, worum es geht und welche Möglichkeiten bestehen. Das ist nicht für alle eine Selbstverständlichkeit und erfordert Wissen und unterstützende Beratung, um die Beteiligungsinstrumente nutzen zu können. **Wir streben an, dass die kommunale Verwaltung diesen Prozess zum Bürgerentscheid nicht nur passiv begleitet und die Rechtskonformität überwacht, sondern aktiv die Einwohner:innen berät, wenn diese sich auf den Weg machen und die politische Teilhabe mit Leben erfüllen.**

Wir sind davon überzeugt, dass Verwaltung für die Menschen da ist. Für die Einwohner:innen ist es meist unerheblich, welche Stelle im Rathaus, Landratsamt oder einer Einrichtung von Bund und Land konkret zuständig ist. Die Menschen haben ein Anliegen, das es zu beantworten, zu bearbeiten und zu lösen gilt. Gute öffentliche Verwaltung heißt für uns, dass es eine zentrale Anlaufstelle vor Ort gibt, wo die Menschen ihre Anliegen vortragen können. Dort erhalten Bürger:innen eine erste Beratung, wie ihrem Anliegen entsprochen werden könnte. Der weitere Verwaltungsweg, Anträge und andere Notwendigkeiten werden von dort organisiert. Dies bedarf einer guten Vernetzung der Behörden auf Kreis- aber auch auf Landesebene. **Die erste zentrale Anlaufstelle wollen wir als Service-Büro für Bürger:innen verstehen, welches als Netz über alle Kommunen in Thüringen gespannt ist.**

Auch die Kommunen müssen die Zukunftsaufgaben anpacken und als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes ihren Beitrag zur Lösung der Herausforderungen erfüllen. **Die Fragen eines zukunftsfähigen Mobilitätskonzeptes für Thüringen werden wir nicht ohne die Kommunen beantworten können.** Wir sprechen uns dafür aus, dass der öffentliche Personennahverkehr, egal ob Bus oder Bahn, für alle Menschen attraktiv sein muss. Das bedeutet vor allem kostengünstig, fahrscheinfrei und ein Angebot, das die Bedürfnisse im Alltag erfüllt. Bus- und Bahnfahren in den Städten und über Land sollen den modernen Ansprüchen genügen. Hierzu muss die Attraktivität durch eine Verdichtung der Netze, gute Taktzeiten und eine Verknüpfung mit möglichst geringen Wartezeiten angestrebt werden. Vor allem die Innenstädte müssen vom zunehmenden Autoverkehr entlastet werden. Das Parken auf dem Marktplatz darf nicht billiger sein als die Fahrt mit dem Bus vom Parkplatz am Rand der Kommune in das Stadtzentrum.

Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen, ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.**

Unsere Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung von erneuerbarer Energie leisten. Die Kommunalen Energieversorger sind gefragt stärker in solche Projekte zu investieren und die Menschen dabei zu beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort mehr Energiegenossenschaften gegründet werden.

Vor allem in den stärker verdichteten Innenstädten muss die zentrale Wärmeversorgung eine größere

Rolle spielen. Es wäre unrealistisch, zu glauben, dass Thüringer Kommunen bei einer immer stärker vernetzten und voneinander abhängigen Welt ausgerechnet bei der Wärmeversorgung fast ausschließlich auf individuelle Lösungen der Wärmeversorgung setzen könnten. Diejenigen, die bisher auf ihre eigene Wärmeversorgung mit Öl oder Gas gesetzt haben, müssen bei diesen Veränderungsprozessen mitgenommen werden. Beteiligung ist die beste Form, um Akzeptanz für den Klima- und Umweltschutz im Dorf und der Stadt zu schaffen. **Wir**

setzen uns vor Ort dafür ein, dass Beiräte geschaffen werden, die die Verwaltungen bei der Gestaltung in der kommunalen Klimapolitik begleiten.

Auch als Begegnungsraum für Menschen müssen die Kommunen wiederentdeckt werden. Eine Belebung der Innenstädte sehen wir nicht in erster Linie aus ökonomischer Sicht, dass alle Verkaufsläden in den Fußgängerzonen auch auf Kosten der Allgemeinheit offenbleiben. Vielmehr wollen wir diese Räume dafür nutzen, uns Gedanken über das menschliche Zusammenleben vor Ort zu machen. **Die Plätze in unseren Dörfern und**

Städten sollen Begegnungsraum für Menschen unterschiedlichen Alters,

unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Erfahrungen sein. Es können dadurch neue Freiräume der Kreativität entstehen, wo sich Menschen ganz neu entdecken und entfalten sowie Orte der Kommunikation entstehen. Wir wollen vor Ort Möglichkeiten der Begegnung von Menschen schaffen, die sich sonst womöglich nie begegnet wären. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft ganz neue Formen der Identifizierung mit der Kommune.

Diese neuen Formen der kommunalen Gemeinschaft wollen wir durch eine Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit unterstützen. Als LINKE lehnen wir es ab, dass sich die öffentliche Hand aus wichtigen Bereichen zurückzieht, mit dem Vertrauen darauf, dass ehrenamtliche Kräfte die Arbeit anschließend übernehmen. Deshalb ist es wichtig, dass unter rot-rot-grüner Verantwortung in Thüringen die Anerkennungskultur für Ehrenamtliche gestärkt und das Netz an Beratungs- und Koordinierungsstellen für Freiwilligenarbeit mit hauptamtlichen Strukturen ausgebaut wurden und werden. Das Landesprogramm für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen ist hierfür der deutlichste Ausdruck. Wir wollen erreichen, dass diese Angebote in allen Landesteilen die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Wir streiten dafür, dass diejenigen die ihre Zeit für andere im Ehrenamt zur Verfügung stellen, etwas zurückbekommen.

Ehrenamtskarten zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn oder andere Unterstützungsmöglichkeiten wollen wir dazu im Ort auf den Weg bringen. **Wir setzen**

uns dafür ein, dass auch mit eigenen kommunalen Mitteln die Arbeit der Ehrenamtlichen besser unterstützt wird.

Unter rot-rot-grüner Regierungsverantwortung wurde das Landesprogramm AGATHE auf den Weg gebracht, mit dem älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Eine örtliche Gemeinschaft, das sind wir alle, in jedem Alter, in jeder Lebenssituation. Wir alle haben etwas beizutragen zum vielfältigen "Wir" vor Ort. Manchmal geben wir Unterstützung, manchmal brauchen wir welche. Dieser Verantwortung dürfen sich heute die Kommunen nicht entledigen. Es ist unsere Aufgabe als LINKE, darauf zu achten, dass es unseren Nachbarn gut geht. **Wir setzen uns dafür**

ein, dass das Programm AGATHE flächendeckend in Thüringen einen Beitrag leistet, dass kein Mensch allein bleiben muss.

Dazu gehört auch, dass wir die medizinische Versorgung vor Ort in hoher Qualität sicherstellen wollen. Nach unserer Überzeugung haben alle bestehenden Krankenhäuser eine Existenzberechtigung. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag. Auch wenn sich hier exemplarisch zeigt, dass die Privatisierungen öffentlicher Aufgaben in den zurückliegenden 30 Jahren falsch gewesen sind, stellen wir keine medizinische Einrichtung zur Diskussion. Deshalb war es richtig, dass unter maßgeblicher LINKER Beteiligung das Gesetz geändert wurde, um die regionalen Krankenhäuser auch über Kreisgrenzen hinweg

zu stärken und das Netz an Medizinischen Versorgungszentren weiter auszubauen. Damit leisten wir zum Teil auch einen Beitrag zur Re-Kommunalisierung des Gesundheitswesens. Versorgungszentren in kommunaler Hand, Pflegestützpunkte oder Gesundheitskioske sind wichtige Säulen für eine kommunale Gesundheitspolitik, die allen zugänglich ist. **Vor Ort wollen wir uns dafür einsetzen, diese gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung der medizinischen Versorgung konkret mit Leben zu erfüllen.**

Als Thüringer LINKE stehen wir dafür ein, dass alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in den Kommunen partnerschaftlich geregelt werden. Das bedeutet für uns, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich alle in die Prozesse vor Ort einbringen können. Politische Entscheidungen werden zuerst in der Kommune erlebbar. Deshalb müssen die demokratischen Mitwirkungsprozesse ausgebaut werden. Wer die notwendigen politischen Schritte ohne die Menschen geht, darf sich schließlich nicht wundern, wenn sich Menschen von der Demokratie zurückgelassen fühlen. **Wir als DIE LINKE vor Ort sind die Garantie für Thüringer Kommunen mit einer Zukunft für alle: Demokratisch, vielfältig und lebendig!**